



© FVDZ/wolferfoto/Jürgen Schwarz

Gute Mischung

FVDZ-Hauptversammlung. Mit einem überzeugenden Votum hat die Hauptversammlung (HV) des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in Lübeck einen neuen Bundesvorstand (BV) gewählt. Bundesvorsitzender wurde Dr. Christian Öttl, der mit einem sehr gemischten und facettenreichen Team in die Amtsperiode 2023 bis 2025 startet.

AUTORIN: MELANIE FÜGNER

DR. CHRISTIAN Öttl (Bayern) wurde von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt und erhielt 102 von 129 abgegebenen Stimmen. Das sind 79 Prozent. Öttl war bereits zuvor stellvertretender Bundesvorsitzender.

Mit großer Mehrheit votierten die Delegierten auch für Prof. Dr. Thomas Wolf (Schweiz/Bern) und Dr. Jeannine Bonaventura (Saarland) als stellvertretende Vorsitzende. Beide waren ebenfalls im vorherigen Bundesvorstand unter dem Bundesvorsitzenden Harald Schrader. Dieser hatte auf der Hauptversammlung vor der Wahl seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur erklärt und wurde von den 139 Delegierten aus 17 Landesverbänden mit stehenden Ovationen verabschiedet (siehe auch Kasten Seite 14).

BUNDESVORSTAND IST GRÖßER, JÜNGER UND WEIBLICHER

Ebenfalls in den neuen FVDZ-Bundesvorstand gewählt wurden: Dr. Kai-Peter Zimmermann (Rheinland-Pfalz), Dr. Frank Wuchold (Thüringen), Dr. Gudrun Kaps-Richter (Baden-Württemberg), Dr. Elisabeth Triebel (Thüringen), Damian Desoi (Hessen), drs. (NL) Hub. van Rijt (Westfalen-Lippe), Jasmin Mansournia (Bayern) und Anne Szablowski (Niedersachsen). Vier von ihnen waren auch bisherige BV-Mitglieder. Mit den Neuzugängen ist das Team nun deutlich jünger und weiblicher geworden.

Zudem ist der BV größer als in den vergangenen Jahren. Auf Wunsch von Öttl hat die Hauptversammlung als satzungsgemäß höchstes Gremium die Anzahl der Beisitzer wieder auf acht Personen erhöht, zusammen mit dem Bundesvorsitzen-

► weiter auf Seite 15



© FVDZ/woelferfoto/Jürgen Schwarz



Volkswirt Prof. Dr. Thomas Drabinski

BZÄK-Präsident
Prof. Dr. Christoph BenzNeuer FVDZ-Bundesvorsitzender
Dr. Christian Öttl

Parlamentarische FDP-Geschäftsführerin Christine Aschenberg-Dugnus



KZBV-Chef Martin Hendges

FVDZ-Landesvorsitzender
Dr. Roland KadenEhemaliger FVDZ-Bundesvorsitzender
Harald SchraderZIV-Vorstand OMR
Dr. Franz Hastermann

„HALTET DEN DAMPFER AUF KURS“

In einer bewegenden Rede hat sich der scheidende FVDZ-Bundesvorsitzende Harald Schrader von den Delegierten der Hauptversammlung verabschiedet. In seinem Schlusswort bezeichnete er den Freien Verband als großen Tanker, der sehr lange eine einheitliche Fracht an Bord gehabt habe. Die Frage sei jetzt, ob er zum Containerschiff oder zum Stückgutfrachter umgebaut werden müsse, damit er nicht als kleines Küsten-Motorschiff ende. In seiner Zeit als Kapitän auf der Brücke hätten nicht immer alle den Kurs richtig gefunden – Widerspruch und konstruktive Kritik seien aber Grundvoraussetzung für Fortschritt. Und abschließend sagte Schrader: „Wir müssen ein Zeichen setzen, dass wir für alle Zahnärztinnen und Zahnärzte da sind. Dem Verbandsschiff wünsche ich weiter klaren Kurs und allzeit eine Handbreit Wasser unterm Kiel – und damit Tschüss, das war's!“ **JH**



FVDZ-Geschäftsführer
Ralf Rausch

© FVDZ/Zweifel/Foto/Jürgen Schwarz

den und seinen Stellvertretern sitzen jetzt also elf Zahnärztinnen und Zahnärzte im Bundesvorstand. Die HV hatte vor zwei Jahren beschlossen, die Zahl der Beisitzer aus Kostengründen auf fünf zu reduzieren. Doch diese Reduzierung habe sich nicht bewährt, erklärte Öttl. Mit einem größeren Vorstand könne die Arbeitslast auf mehr Schultern verteilt werden. Außerdem seien so alle Altersklassen und Ge-

schlechter in gutem Maß vertreten, begründete der 59-Jährige. „Der neue Bundesvorstand ist eine gute Mischung aus erfahrenen Kolleginnen und Kollegen und jungen Talenten. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und die Pluralität“, sagte Öttl nach der Wahl. Keine Veränderungen gab es hingegen in der Versammlungsleitung der HV: Versammlungsleiter Dr. Konrad Koch und seine Stellvertreter Dr. Thomas-Rainer Schlachta und Dr. Dimitrios Georgalis wurden im Amt bestätigt.

FÜR FREIBERUFLICHKEIT BEGEISTERN

Mit Dr. Christian Öttl steht nun wieder ein sehr erfahrener Mann an der Spitze des größten unabhängigen zahnärztlichen Berufsverbandes in Deutschland. Standespolitisch hat er im Freien Verband bereits alle Ebenen durchlaufen, von der Bezirksgruppe über den Landesverband bis zum Bundesvorstand. Zudem hat er Ämter bei der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der bayerischen KZV inne und enga-

ARBEITSLAST BESSER SCHULTERN KÖNNEN

giert sich intensiv in der Fortbildung für Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie für Zahnmedizinische Fachangestellte. „Mein Ziel ist es, junge Kolleginnen und Kollegen für die Freiberuflichkeit zu begeistern“, kündigte er vor der Wahl an und ergänzte: „Wir stehen auch in den kommenden Jahren vor einem schwierigen Spagat. Dem Spagat zwischen Ethik und Monetik, zwischen nahezu unbegrenzten Erwartungen auf Seiten der Politik und der Patienten und begrenzten finanziellen Ressourcen.“ Daher werde es eine große Herausforderung, die zahnmedizinische Grundversorgung flächendeckend zu sichern.

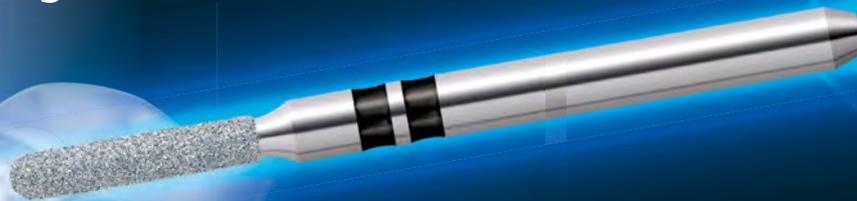


Anhaltender Applaus für den ehemaligen Geschäftsführer Heinrich Bolz



© FVDZ/Zweifel/Foto/Jürgen Schwarz

Hochleistungs-Kronentrenner für Zirkoniumdioxid von ORIDIMA



Hergestellt in
Deutschland

Höhere Standzeit durch extrem
festen Halt der Diamanten

Dieses moderne Diamantinstrument wurde speziell entwickelt, um Kronen und Brücken aus äußerst widerstandsfähigem Zirkon in kurzer Zeit zu trennen. Ihr persönlicher Medizinprodukte-Berater vor Ort steht Ihnen für weitere Informationen gerne zur Verfügung.

„Der Kipppunkt ist überschritten“

Zukunft der Zahnmedizin. Angesichts globaler Krisen und der Politik der Ampelregierung zieht der Gesundheitsökonom Dr. Thomas Drabinski auf der Hauptversammlung (HV) des Freien Verbandes in Lübeck ein düsteres Fazit – und plädiert für ein neues Finanzierungs- und Vergütungssystem ambulanter Leistungen, vor allem der Zahnmedizin. Ein System, das darauf zielt, nicht anfällig zu sein für politisch-ökonomische Verwerfungen.

AUTORIN: DR. PASCALE ANJA DANNENBERG



© FVDZ/wolterfoto/Jürgen Schwarz

„Gesundheitsökonomische Perspektiven der Zahnmedizin – mit einem Fokus auf Resilienz und Vulnerabilität“ überschrieb Prof. Dr. Thomas Drabinski vom Institut für Mikrodaten-Analyse (IfMDA) in Kiel sein Festreferat, das er bei der diesjährigen HV des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ)

gehalten hat. Seine Ausgangsfragen lauteten:

Wie steht es um die Resilienz und damit um die Anpassungsfähigkeit der Zahnarztpraxen angesichts knapper Ressourcen, steigender Kosten, politischer „Herausforderungen“? Wie kann die flächendeckende zahnärztliche Versor-

gung ohne Qualitätseinbußen aufrechterhalten und zugleich rentabel bleiben? Wie sollen Zahnärzte motiviert und investitionsfreudig bleiben? Anders gefragt: Wie vulnerabel, gar irreparabel ist die Zahnmedizin inzwischen? Angesichts der Corona-Pandemie, des Ukraine-Kriegs und der Klimaschutz-

und Energiepolitik der Ampelregierung konstatierte der Professor für Management im Gesundheitswesen „eine Krise nach der anderen mit fatalen Folgen für die Volkswirtschaft“.

Blick auf die Inflation: Während der Verbraucherpreisindex (VPI) der Jahre 2013 bis 2020 eine Steigerungsrate zwischen 0,5 und knapp zwei Prozent betrug, schoss er 2021 auf 3,1 Prozent in die Höhe, 2022 auf 6,9; 2023 ist mit sechs Prozent zu rechnen, 2024 mit vier Prozent.

Blick auf das Bruttoinlandsprodukt (BPI): Während das Wirtschaftswachstum der Jahre 2000 bis 2010 im Durchschnitt um 0,9 Prozent gesteigert werden konnte, in den Jahren 2010 bis 2020 gar um 1,1 Prozent, und selbst 2022 (Beginn Ukraine-Krieg) ein Plus von 1,8 Prozent zu verzeichnen war, ist 2023 mit einem Minus von bis zu einem Prozent zu rechnen.

Blick auf den EZB-Leitzins: Während die Zinsen seit 2012 nur noch den Weg nach unten nahmen und nach 2016 „stabil“ bei null Prozent lagen, hat die EZB von Mitte 2022 bis September 2023 den Leitzins ganze zehnmal erhöht – insgesamt um vier Prozentpunkte.

„INVESTITIONSKOSTEN STEIGEN IN DEN PRAXEN“

Das Zwischenfazit des Gesundheitsökonom war denn auch ein düsteres: „Folglich steigen die Investitionskosten enorm, auch in den Praxen.“

Blick auf die Staatsschulden: Während die Verschuldung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen vor 2010 noch unter 1.000 Milliarden Euro lag, seitdem bei etwa 1.100 Milliarden Euro, bewegt sich die Kurve seit 2020 kontinuierlich nach oben, auf inzwischen 1.530 Milliarden Euro. „Das entspricht 39,5 Prozent des BPI, das bei 3.877 Milliarden Euro liegt“, erläuterte der Volkswirt.

Die Nettokreditaufnahme des Bundes lag 2021 bei 215,4 Milliarden Euro, bewegte sich dann nach unten, liegt 2023 bei 45,6 Milliarden Euro und soll nach Plänen der Regierung 2024 16,6 Milliarden Euro nicht überschreiten. Indes belaufen sich allein die bedeutendsten

Wie steht es um die Resilienz und damit um die Anpassungsfähigkeit der Zahnarztpraxen angesichts knapper Ressourcen, steigender Kosten, politischer „Herausforderungen“?

Sondervermögen des Bundes 2023 schon auf 205,6 Milliarden Euro – und 10,28 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr (bei angenommenen fünf Prozent Verzinsung). Das ist der Status quo.

LAUTERBACHS „ZWEIKLASSENSTAAT“

Der folgenden Ursache-Wirkung-Analyse stellte Drabinski zunächst Karl Lauterbachs Buch „Der Zweiklassenstaat: Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren“ (2007) voran, in dem der SPD-Politiker schon damals dafür plädiert habe, den Druck im Gesundheitssystem zu erhöhen, um eine Systemveränderung zu bewirken. Dann blickte er auf die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, aus denen sich die Beiträge zur Krankenversicherung errechnen. Die Grundlohnrate auf Basis der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassenmitglieder lag 2019 bei 2,65 Prozent und würde 2024 bei 4,22 Prozent liegen. Im GKV-Finanzsystem kommen davon nur 2,72 Prozent an; doch auch diese werden durch die seit 2023 im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) verankerte Budgetierung nicht erreicht. Das Wachstum des Ausgabenvolumens und der Punktwerte für zahnärztliche Leistungen ohne Zahnersatz ist auf die um 1,5 Prozentpunkte verminderte Grundlohnrate begrenzt.

SINKENDE WACHSTUMSRATE BEIM GKV-UMSATZ

Als auf den ersten Blick „solide“ bezeichnete der IfMDA-Leiter den Umsatz



Lächelmund der FVDZ-Kampagne

© FVDZ/Anwelter/Photo Jürgen Schwarz



Prof. Dr. Thomas Drabinski

© FVDZ/Anwelter/Photo Jürgen Schwarz

der GKV durch zahnärztliche Leistungen ohne Zahnersatz mit einer Steigerung von 11,52 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf prognostizierte 13,03 Milliarden Euro für 2023 – bei einem Umsatz von 254 Euro im Jahr 2019 je Versicherten (gesamt 73.053.000 Versicherte) und prognostizierten 282 Euro für 2023 (gesamt 73.930.000 Versicherte). Damit sinkt jedoch die Wachstumsrate beim GKV-Umsatz je Versicherten 2023 auf prognostizierte 0,72 Prozent und fällt voraussichtlich 2024 auf 0,41 Prozent. Für die folgende Prognose wurden neben eigenen Berechnungen die veröffentlichten Daten des Zahnärzte-Praxis-Panels des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (ZI) herangezogen. Demnach ist die steuerliche Einnahmen-Überschuss-Rechnung je Inha-

HV-KERNTHEMA „BETRIEBSWIRTSCHAFT IN DER PRAXIS – ANALYSE UND FOLGERUNGEN“. ANALYSE VON DR. CHRISTIAN ÖTTL

Festzustellen sind tiefgreifende Einschnitte in Deutschlands Zahnarztpraxen: Als Auslöser machte Öttl bei der Hauptversammlung (HV) in Lübeck vor allem die Corona-Pandemie und den immer noch andauernden Ukraine-Krieg aus. Als Folgen nannte er: Inflation, Rezession, Nachfrageschwund, Materialkostensteigerung, Nebenkostensteigerung, Personalkostensteigerung, Fachkräftemangel. Was tut die Politik dagegen? „Eine finanzielle Unterstützung gibt es bis dato wenig bis gar nicht.“

Zur Inflation

Die Inflation ist im Verlauf des vorigen Jahres so stark angestiegen, dass sie fast eine zweistellige Prozentzahl erreicht hatte. Der dadurch bedingte Kaufkraftverlust trifft alle – und damit auch Praxisinhaberinnen und -inhaber, Praxismitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Patientinnen und Patienten.

Zu den Materialkosten

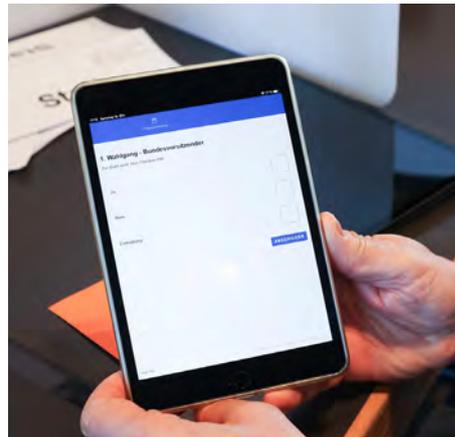
Diese steigen aufgrund von Inflation, Rezession, EU-Medizinprodukteverordnung (MDR), aber auch aufgrund des wissenschaftlichen Fortschritts.

Zum Nebenkostenanstieg

Dieser ist bedingt durch Inflation, Rohstoffknappheit, Klimaschutzvorgabe, aber auch durch einen „Innovationszwang“ (Digitalisierung).

Zur Personalkostensteigerung und zum Fachkräftemangel

Die Löhne können dem Kostendruck nicht standhalten, das heißt, die Honorierung ist bestenfalls gleichbleibend. Nicht zuletzt auch aufgrund der demografischen Entwicklung gibt es nicht genügend Nachwuchs. Zudem erkennt Öttl ein „Attraktivitätsmissverständnis“ (die/der Zahnmedizinische Fachangestellte [ZFA] gehört zwar zu den beliebtesten Ausbildungsberufen Deutschlands, weist aber eine hohe Abwanderungsquote auf sowohl seitens der Auszubildenden als auch der erfahrenen Kräfte) – umso mehr sei deshalb in eine gute Ausbildung zu investieren, resümierte Öttl.



© FVDZ/wolterfoto/Jürgen Schwarz

Lösungsansätze

Inhaber, Mitarbeiter und Patienten können keinen direkten Einfluss nehmen auf Inflation und Kaufkraft. Auch nur bedingt auf die Nachfrage, die von der Versorgungsentwicklung bestimmt wird (Praxen schließen, da die „Babyboomer“ in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen und der Nachwuchs von der Politik keine Planungssicherheit für die Niederlassung erhält; zudem werden Praxen durch renditeorientierte Investoren aufgekauft). Steuerbar seien (in Maßen) allerdings die Nebenkosten durch ein vorausschauendes Management, sagte Öttl. Und die Personalkosten? „Ohne geht nichts!“, betonte er, wenngleich die „vmf [Verband medizinischer Fachberufe, Anm. d. Red.]-Tarifabschlüsse nicht immer der Stein der Weisen“ seien. Steuerbar sei auch (in Maßen) der Fachkräftemangel „durch ein starkes Teambuilding – als Weg für die Zukunft“. Fazit: Umso wichtiger seien heute für Praxen die betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA), die Buchhaltung, die Beratung, bilanzierte Öttl. Denn: „Wer die Zahlen kennt und zeitnah reagieren kann, hat die Krise nicht mehr vor, sondern hinter sich!“



© FVDZ/wolterfoto/Jürgen Schwarz

Hilfestellung für Praxen bietet der FVDZ durch seine Serviceleistungen für Mitglieder mittels Schulungen und Weiterbildungen (etwa zu Führungskompetenz, Teamcoaching, Existenzgründung, aber auch durch seine Kongresse), mittels Beratungen – und zwar „unabhängig“, unterstrich Öttl (etwa zu Praxisanalyse, Recht, Steuer, Versicherung sowie durch die Deutsche Zahnärztesgenossenschaft [DZG], das Praxishandbuch online, den Praxisratgeber online), mittels Online-Tools (etwa durch das Praxispool und die GOZ-Navi-App) – sodass, laut Öttl, FVDZ-Mitglieder „eine Ersparnis von rund 2.500 Euro pro Jahr“ für sich bilanzieren können.

Die Honorarsituation lasse sich verbessern durch Angebote an die Mitarbeiter (geldwerte Vorteile), betriebswirtschaftliches Controlling, entschlossenes Outsourcing und das Selbstverständnis der Praxisinhaber als Gesundheitsdienstleister, die ihren Patienten Versorgungsoptionen eröffnen – und die das Wechselspiel von Analysieren und Handeln konsequent im Blick behalten. Dann gab es noch eine erstaunliche Erkenntnis zum krönenden Abschluss: Würde durchschnittlich anstelle des 2,39- der 3,0-fache Satz angesetzt, würde der gesamte Kaufkraftverlust ausgeglichen beziehungsweise die Zahnärzte würden dieselbe Steigerung wie das Bruttoinlandsprodukt erreichen. Christian Öttl ermunterte die Delegierten: „Viel Erfolg und Freude beim Umsetzen.“

pad

ber rückläufig – 180.500 Euro im Jahr 2019 stehen 144.491 Euro im Jahr 2023 gegenüber (ein Minus von 36.009 Euro oder 19,9 Prozent im Vergleich zu 2019) und 134.585 Euro im Jahr 2024 (ein Minus von 45.915 Euro oder 25,4 Prozent im Vergleich zu 2019). Zugleich stieg seit 2019 der VPI um 20 Prozent. Der reale Kaufkraftverlust je Inhaber beläuft sich demnach auf 38 Prozent. Um das Ziel eines dauerhaft auskömmlich finanzierten ambulanten Gesundheitssystems zu erreichen, das resilient ist und damit anpassungsfähig an steigende Kosten und zugleich nicht vulnabel und damit nicht anfällig für politisch-ökonomische Verwerfungen, werde eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems nicht funktionieren, bilanzierte Drabinski. „Der Kipppunkt ist überschritten“, lautete sein Fazit.

DIE „BASIS-ZAHNPRÄMIE“

Nötig sei ein neues Finanzierungs- und Vergütungssystem für ambulante Leistungen, vor allem für die Zahnmedizin. Dabei sollte sich orientiert werden an der Gesundheitsprämie und damit an einem einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeitrag mit einem steuerfinanzierten Sozialausgleich für Geringverdiener (CDU/CSU-Entwurf aus dem Jahr 2004). Drabinski schlug eine von der GKV abgekoppelte „Basis-Zahnprämie“ von „mindestens“ 33 Euro vor, die

LEISTUNGEN VON DER GKV ABKOPPELN

auch Zahnersatz einschließen soll (Berechnungsgrundlage ist ein für 2024 prognostizierter Pro-Kopf-Umsatz von 23,58 Euro plus 40 Prozent als Ausgleich für den in den vergangenen Jahren erlittenen Kaufkraftverlust). Im Gegenzug soll der GKV-Zusatzbeitrag gestrichen werden (durchschnittlich 1,6 Prozent für 2023). Die Kosten-, Ausgaben- und Inflationsentwicklungen sollen bei der von den Krankenkassen ermittelten Höhe der Basis-Zahnprämie wie auch beim Einheitlichen Bewertungsmaßstab für zahnärztliche Leistungen (BEMA) berücksichtigt werden. Nach diesem Modell erhalte die GKV im Ergebnis eine Finanzspritze von 8,375 Milliarden Euro pro Jahr mit Wachstumstendenz, bilanzierte Prof. Dr. Thomas Drabinski. „Die GKV-Zahnmedizin wird so zu einem dauerhaft auskömmlich finanzierten System, das resilient gegen Krisen und nicht mehr vulnabel gegenüber gesundheits- und wirtschaftspolitischen (Fehl-) Entscheidungen ist.“



Okklusion ist nicht nur statisch.

Entdecke die Bewegung.



Weitere Informationen zur digitalen Okklusionskontrolle unter

www.occlusense.com



OccluSense®
by Bausch

Erhältlich im dentalen Fachhandel



oder unter www.occlusense-shop.com



Regelmäßige
Gratis-Webinare

www.occlusense.com/webinar

Bausch
WE MAKE OKCLUSION VISIBLE

Dr. Jean Bausch GmbH & Co. KG
Oskar-Schindler-Str. 4
50769 Köln
Tel.: 0221-709360
info@occlusense.com

„Wir müssen für einen Systemwechsel vorbereitet sein“

HV-Diskussionsrunde. Mit einer Diskussion über einen Umstieg im System der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für die Leistungen der Zahnheilkunde startete der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in die Hauptversammlung (HV). In seinem einführenden Vortrag zur „Ökonomischen Situation der Zahnmedizin“ präsentierte der Volkswirt und Leiter des Kieler Instituts für Mikrodaten-Analyse, Prof. Thomas Drabinski, eine Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Vorschläge für neue Finanzierungswege ambulanter zahnärztlicher Leistungen.

AUTORIN: SABINE SCHMITT



© FVDZ/wolterfoto/Jürgen Schwarz

Dr. Joachim Hüttmann (M.) moderiert die Diskussion zur Ökonomie der Zahnmedizin

Die Staatsverschuldung ist auf einem historischen Höhepunkt, die Zinsen steigen und Investitionen werden teurer, Personal ist knapp und teuer, die Inflation treibt die Preise in die Höhe: „Es ist eine desaströse gesamtwirtschaftliche Situation, die alle Bereiche betrifft – auch den Gesundheitsbereich“, sagte Drabinski.

Er zeichnete den Teufelskreis auf, in dem sich der medizinische Bereich be-

findet, denn dort steige die Einnahmeseite deutlich weniger stark als in anderen Teilen der Volkswirtschaft – was logischerweise zu sinkenden verfügbaren Einkommen führe.

Den Zahnärztinnen und Zahnärzten bescheinigte er einen nominellen Einnahmeverlust (seit 2019) von rund 20 Prozent (bis 2024), hinzu kämen fast 20 Prozent Kostensteigerung. „Ein Einnahmeverlust von 38 Prozent ist die Reali-

„DEASTRÖSE SITUATION“

tät, mit der Sie sich auseinandersetzen müssen“, sagte der Ökonom.

DRABINSKI SCHLÄGT PRO-KOPF-PRÄMIE VOR

An der Stellschraube GKV können aber die niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte nicht selbst drehen, um die Einnahmen zu erhöhen. Wie schon einmal vor 14 Jahren auf Initiative des FVDZ, analysierte Drabinski erneut, ob die Herausnahme der Zahnmedizin aus dem gesetzlichen Leistungskatalog und die Überführung in ein privates Versicherungsmodell ein Ausweg sein könnte. Bei dem Gedankenspiel rund um ein Prämienmodell kam der Wirtschaftswissenschaftler zu einer Versicherungsprämie von etwa 33 Euro pro GKV-Versicherten, um alle zahnmedizinischen Leistungen (inklusive Zahnersatz) zu versichern. Dies entspreche in etwa dem aktuellen Zusatzbeitrag in der GKV, der dann entfallen könne, sodass jeder GKV-Versicherte an dieser Stelle die private Versicherung bereits refinanziert hätte. Unterm Strich werde es zwar für die Versicherten nicht billiger, aber sie erhielten mehr Autonomie – ebenso wie Leistungserbringer.

HERMES WOLLTE „NUR“ EINEN IMPULS GEBEN

„Ich glaube, dass wir das System neu denken müssen. Eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems wird nicht funktionieren“, betonte Drabinski. In der Diskussion unter der Moderation

Prämienmodell für zahnärztliche Leistungen – für Versicherte nicht billiger, aber mit mehr Autonomie, gleichfalls für Leistungserbringer



Lächelmünder der FVDZ-Kampagne



von Dr. Joachim Hüttmann zeigte sich der Vorstandsvorsitzende der IKK-Innovationskasse, Ralf Hermes, der zuletzt mit dem Vorschlag „Zahnheilkunde raus aus der GKV“ für Furore gesorgt hatte, angetan von den Ideen. Seine Kasse erarbeite bereits einen Wahltarif für Zahnbehandlung mit Selbstbeteiligung und Kostenerstattung. Die Beiträge immer weiter anzuheben, sei keine Lösung. Damit würden Reformen eher verhindert. So käme man seiner Ansicht nach auch mit der Hälfte der derzeit noch 96 gesetzlichen Krankenkassen aus. „Von innen heraus ist das System nicht mehr reformfähig“, sagte Hermes.

Deshalb müsse man neue Lösungen zumindest denken. Auch den vom FVDZ-Bundvorsitzenden Harald Schrader vorgeschlagene Weg, nicht gleich die ge-

samte Zahnheilkunde auszugliedern, sondern Teilbereiche wie die Prothetik in ein privat versichertes System zu überführen, also einen sukzessiven Umstieg zu wagen, hielt Hermes für eine überlegenswerte Idee. „Ich wollte mit meinem Vorschlag im Sommer einen Impuls setzen“, sagte Hermes. „Und jetzt freue ich mich, dass ich eine Diskussion angestoßen habe.“

HENDGES FEHLT DAS POLITISCHE UMFELD

KZBV-Chef Martin Hendges hielt die Vorschläge im derzeitigen politischen Umfeld für nicht umsetzbar. Für einen Systemwechsel brauche es politische Partner, die in den derzeitigen Regierungsparteien nicht auszumachen seien. Er gab vor allem auch zu bedenken, dass mit einem Prämienmodell auch ein Herauslösen aus dem Kollektivsystem verbunden sei. „Wer soll denn dann Vertragspartner sein? Jeder einzelne Zahnarzt?“, fragte Hendges. Darüber hinaus seien viele weitere Fragen offen. Hendges warnte davor, allzu schnell mit den Ideen in die Öffentlichkeit zu treten, da diese noch zu viele Fragen aufwerfen würden, die derzeit unbeantwortet bleiben müssten. Er wies darauf hin, lieber an einem Regierungswechsel und dann an einer vernünftigen Reform des Gesundheitssystems zu arbeiten, anstatt sich mit Gedankenspielen zu vergaloppieren.



© FVDZ/wolterfoto/Jürgen Schwarz

VIELE FRAGEN NOCH OFFEN



© FVDZ/wolterfoto/Jürgen Schwarz

SCHRADER WILL KONZEPTE ERARBEITEN

Der Bundesvorsitzende Harald Schrader sprach sich dafür aus, offen für alle Optionen zu bleiben. Ein Systemwechsel könne auch schrittweise erfolgen. „Das Geld im Gesundheitsfonds geht zu Ende. Die Politik wird Leistungskürzungen vermeiden wollen und daher unsere Honorare deckeln.“ Darauf müsse sich der Berufsstand einstellen und Gegenstrategien entwickeln. Das könne innerhalb oder auch außerhalb des bestehenden Systems geschehen. Die Patienten müssten verstehen, dass die Leistungen in der Zahnarztpraxis endlich seien. Schon heute gebe es knapp 18 Millionen Zahnzusatzversicherungen. „Ob diese Konzepte innerhalb des bestehenden Systems möglich sind, ob es außerhalb des Systems sein soll oder ob es eine Mischform gibt, müssen wir diskutieren und zu kreativen Lösungen kommen“, sagte Schrader. „Wir müssen für einen Systemwechsel vorbereitet sein. Ich wünsche mir einen Arbeitsauftrag, um tragfähige Modelle zu entwickeln, die zu gegebener Zeit zur Verfügung stehen. Wenn wir erst anfangen nachzudenken, wenn es so weit ist, dann ist es zu spät.“



© FVDZ/wolterfoto/Jürgen Schwarz

Harald Schrader (M.) hat Dr. Peter Bührens, Dr. Wolfgang Eßer, Dr. Manfred Kinner und Dipl.-Med. Johannes Wolf ausgezeichnet (v.l.).

W REPAIR



MIT STARKEM ANTI-PLAQUE-EFFEKT, DER AUCH NOCH SCHMECKT.

Sorgt für gesünderes Zahnfleisch bereits **ab der ersten Woche**.^{*}
Die geschmacksverbessernde Technologie kaschiert den salzigen Geschmack und lässt das Frischegefühl der Minze in den Vordergrund treten.

EMPFEHLEN SIE DIE NR. 1-MARKE**

und helfen Sie, mit **Parodontax Zahnfleisch Active Repair** die Zahnfleischgesundheit Ihrer Patient:innen zu fördern.

Jetzt registrieren
und kostenlose
Produktmuster
anfordern.



^{*} Im Vergleich zu einer herkömmlichen Zahnpasta (ohne Natriumbicarbonat), nach einer professionellen Zahnreinigung und bei zweimal täglichem Zähneputzen.

^{**} Gemäß einer im Jahr 2023 durchgeführten Studie mit 300 Zahnärzt:innen in Deutschland, gefragt nach Markempfehlungen für Zahnpasten im Bereich Zahnfleischprobleme.



© Melanie Fugner

Es gibt viel zu tun: Auf der Hauptversammlung in Lübeck verabschieden die Delegierten 30 politische Beschlüsse und Arbeitsaufträge.

Für die Freie Praxis – gegen Staatsmedizin

HV-Beschlüsse. Die 139 Delegierten aus 17 Landesverbänden tagten drei Tage und gaben dem neuen Vorstand mit zahlreichen Beschlüssen zu unterschiedlichen Themen einen großen Strauß an Arbeitsaufträgen mit in die neue Amtsperiode.

AUTOR: DR. JOACHIM HÜTTMANN

So wurden nicht weniger als 30 politische Beschlüsse und Arbeitsaufträge verabschiedet – eine Herausforderung für die Versammlungsleitung und die Antragskommission. Unter anderem wird der Bundesvorstand aufgefordert, sich für den Erhalt der Therapiefreiheit des Arztes und der freien Therapiewahl der Patienten sowie für die komplette

Übernahme der bereits entstandenen und noch entstehenden Kosten im Rahmen der gesetzlich verpflichtenden TI-Anwendungen einzusetzen. Außerdem soll sich der BV gegen die Einführung von Regelungen im geplanten Gesundheitsdatennutzungsgesetz einsetzen. Mit Blick auf die weitere „Digitalgesetzgebung“ fordert die HV die

strikte Beachtung des Datenschutzes auch im europäischen Datenraum und die Rücknahme aller Sanktionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Zwangseinführung neuer Anwendungen der Telematik-Infrastruktur der gematik.

An die Politik richtet die HV die Forderung nach Anerkennung der freiberuflich selbstständigen Praxis als tragende Säule der ambulanten zahnärztlichen Versorgung, nach ungekürzter Vergütung aller erbrachten zahnärztlichen Leistungen, nach dem Erhalt von Niederlassungs- und Therapiefreiheit sowie einer von staatlichen Einflüssen befreiten Selbstverwaltung.

Ein deutliches Signal geht an die Praxismitarbeiterinnen: Deren Forderungen nach angemessenen Gehaltsteigerungen seien berechtigt, diese Kosten müssten bei den Honoraren im BEMA und in der GOZ berücksichtigt werden.

Die HV-Beschlüsse finden Sie unter: www.fvdz.de/hauptversammlung

Deutschlandweit vernetzt und vertreten

Spannend bis zum Schluss. Parallel zur Hauptversammlung fand in Lübeck die Tagung des Studierendenparlaments (StuPaTa) im Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) statt.

AUTOR: PEIMAN NIAEI

Bereits am Tag vor der StuPaTa war es aufregend für die StuPa-Parlamentarierinnen und StuPa-Parlamentarier. Nach wie immer interessanter Anreise zur Tagung mit der Deutschen Bahn waren die offizielle Eröffnung der Hauptversammlung mit Grußworten und Fachvortrag sowie die Tagungen der Landesverbände am Donnerstagabend ein erster Höhepunkt. Hier erlebten die Studierenden teils zum ersten Mal das Prozedere einer Hauptversammlung, sie nutzten auch die Gelegenheit, intensiv zu netzwerken und sich auszutauschen.

Die jeweiligen Landesverbände der Studierenden tagten noch am selben Abend. Man diskutierte über aktuell anstehende Themen und knüpfte beim gemeinsamen Essen wertvolle Kontakte – eventuell sogar auch schon zum künftigen Dozenten.

STUPA-TAGUNG

Am Freitag ging es nach einem gemeinsamem Frühstück pünktlich um neun Uhr mit der Hauptversammlung weiter. In den kurzen Pausen informierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der begleitenden Dentalausstellung über neue Produkte.

Um 14 Uhr startete dann die StuPa-Tagung mit der Begrüßung des alten StuPa-Vorstands. Vertreten waren Parlamentarierinnen und -parlamentarier der Universitäten Aachen, Bonn, Freiburg, Göttingen, Greifswald, Hamburg, Homburg, Jena, Kiel, Leipzig, Mainz, Marburg, München, Rostock und Witten/Herdecke.



Intensive Diskussion

© FVDZ/woitfoto/Jürgen Schwarz



Aurora Fratila zur 1. Vorsitzenden und Christoph Austermann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

© FVDZ/woitfoto/Jürgen Schwarz

Vertreterinnen und Vertreter der FVDZ-Landesverbände waren immer wieder auch mit dabei. Sie unterstützten mit ihrer Erfahrung die Wahl des neuen StuPa-Vorstands nach seiner neuen Geschäftsordnung und teilten ihre Verbandserfahrung mit den Studierenden. Wertvoll für alle im FVDZ ist die Vernetzung quer durch alle Generationen und Fachbereiche.

VORSTANDSWAHL

Der Bericht des alten Vorstands, die Vorstellungsrunde der StuPa-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier sowie die Wahl eines neuen Vorstands, die wegen ihrer Dringlichkeit auf den Freitag vorverlegt wurde, machten diesen Tag für die vielen neuen StuPa-Mitglieder extrem aufregend.

Nach einer intensiven Vorstellungsrunde aller Kandidatinnen und Kandidaten und diverser Nachfragen wählte das Plenum Aurora Fratila (München) zur 1. Vorsitzenden des Studierendenparlaments und Christoph Austermann (Rostock) zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Luise Wachsmuth (Freiburg) und Nadine Shazad (Hamburg) wählte man zur ersten und zweiten Beisitzerin. Der bisherige Vorsitzende Konstantin Schrader wurde einstimmig zum Pressesprecher des Studierendenparlaments bestimmt. Aurora Fratila dazu direkt nach der Wahl: „Vor allem in unserem Studiengang ist Zusammenarbeit so wichtig, dass es mir eine Freude ist, Zahnis deutschlandweit vernetzen und vertreten zu können.“

EINDRÜCKE NEU UND NACHHALTIG

Der Samstag startete nach fast durchgefeierter Nacht mit den Grußworten des neuen StuPa-Vorstands. In der Folge diskutierte die StuPaTa intensiv entscheidende aktuelle Themen wie die Auswirkung der neuen Approbationsordnung (ZApprO) auf die Gesundheit der Zahnmedizinierenden, den an den Universitäten teils sehr unterschiedlichen Verlauf der Z1-Prüfung sowie den Patientenmangel und eine mögliche Akquise von Patienten an den Unikliniken durch die Studierenden.

Parallel zur StuPaTa wählten die Delegierten der Hauptversammlung des FVDZ am Samstag in Lübeck einen neuen Bundesvorstand – ein völlig neues Erlebnis für viele der neuen Mitglieder des StuPa, die neben zahlreichen Gesprächen und wertvollen Kontakten viele neue und gleichfalls nachhaltige Eindrücke von der StuPaTa mitnehmen konnten.